

14.02.2024

Medienmitteilung Verein Alpwirtschaft Bern

## **Kürzungen im Agrarbudget 2025 zulasten der Versorgungssicherheit sind inakzeptabel!**

**Der Bundesrat hat an seiner heutigen Sitzung Kürzungen im Agrarbudget 2025 beschlossen. Dieser Entscheid ist in Anbetracht der noch stärker unter Druck geratenen Versorgungssicherheit mit Krieg in Osteuropa und dem Nahen Osten unverständlich. Mit Erstaunen nehmen wir zur Kenntnis, dass der Bundesrat aus den Entwicklungen im nahen Ausland mit den massiven Bauernprotesten aufgrund unüberlegter Entscheide der Politik, nicht die richtigen Schlüsse zieht. Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt das es nicht zielführend ist, zulasten der Versorgungssicherheit Einsparungen vorzunehmen. Der Entscheid des Bundesrats muss unbedingt durch das Parlament korrigiert werden.**

In der Wintersession 2023 hat das Parlament alle Sparvorstösse in der Landwirtschaft erfolgreich abwenden können. Seit 2002 ist der Betrag, mit dem der Bund die Landwirtschaft und damit die Versorgungssicherheit unterstützt, stabil. Das bedeutet das der Anteil vom Bundesbudget für die Landwirtschaft laufend weniger wird. Dies, obwohl die Bäuerinnen und Bauern jedes Jahr von unzähligen neuen Vorschriften betroffen sind, welche die Produktionskosten und den Aufwand laufend steigern.

Statt im grundlegenden Sektor, der für die Ernährung der Bevölkerung und der umfassenden Landschaftspflege verantwortlich ist, Budgetkürzungen zu beschliessen, müssten endlich die Beiträge für erschwerte Produktionsbedingungen und die Strukturverbesserungsbeiträge in der Landwirtschaft erhöht werden.

Die Schuldenbremse des Bundes muss eingehalten werden, da besteht kein Zweifel, damit wir künftige Generationen nicht vollkommen ausbremsen. Das Einsparpotenzial ist durch die Bundesverwaltung neu zu ermitteln wobei in der Landwirtschaft keine Einsparungen vorzusehen sind. Deren Anteil am Bundeshaushalt ist in den letzten Jahren sowieso laufend zurück gegangen. Es muss möglich sein, diesen stark gebeutelten Sektor zu entlasten, indem mindestens die gestiegenen Anforderungen der letzten Jahre fair abgegolten werden.

Der Verein Alpwirtschaft Bern ist überzeugt, dass dieser Entscheid im Sinne der Nachhaltigkeit korrigiert werden muss und die Alpwirtschaft künftig unter besseren Bedingungen produzieren, pflegen und wirtschaften kann.

Rückfragen:

Ernst Wandfluh, Präsident Verein Alpwirtschaft Bern, 079 210 71 87